

Name und Anschrift des Bewerbers:

(Ort)

(Datum)

Rheinland Klinikum Neuss GmbH

**über den elektronischen Projektraum**

## **Teilnahmeantrag**

**Vergabe Projektsteuerung Erweiterungsbau  
Lukaskrankenhaus**

**1**

Wir<sup>1</sup> beantragen hiermit die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Beauftragung der vorbezeichneten Projektsteuerungsleistungen.

**2**

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.

**3**

Wir bewerben uns

- ☐ als Einzelbewerber  
☐ als Bewerbergemeinschaft

<sup>1</sup> Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bewerbergemeinschaften.

#### 4

Anlagen zu diesem Teilnahmeantrag<sup>2</sup>:

- ☐ Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- ☐ Vordruck 2: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB
- ☐ Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014
- ☐ Vordruck 4: Erklärung zu Umsatz und zum Versicherungsschutz
- ☐ Vordruck 5: Referenz(en)
- ☐ Vordruck 6: Eignungsverleiher
- ☐ Selbst verfasste Verfügbarkeits-/Verpflichtungserklärung des/ der zum Nachweis der Eignung in Bezug genommenen Unternehmen(s) (Nachunternehmen / Sonstige Eignungsverleiher) i.S.d. § 47 Abs. 1 VgV
- ☐ Vordruck 7 (soweit erforderlich): Bewerbergemeinschaftserklärung
  
- ☐ .....
- ☐ .....

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Teilnahmeantrags. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

(Ort)	(Datum)	(Name der erklärenden Person)
-------	---------	-------------------------------

**Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags über das Vergabeportal gilt dieser als unterschrieben. Auch nachfolgend weiter geforderte Unterschriften gelten für das Unternehmen, das den Teilnahmeantrag als Einzelbewerber oder bevollmächtigtes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft abgibt, als erbracht. Für alle weiteren Unternehmen sind die geforderten Erklärungen unterzeichnet einzureichen.**

<sup>2</sup> Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an. Die Anforderungen an den Nachweis der Eignung ergeben sich aus Ziff. 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung sowie der bereitgestellten Projekt- und Verfahrensbeschreibung.

## Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

---

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher

Firmenname und Adresse:	
Geschäftsfelder:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontaktdaten (Telefon/Fax/eMail):	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Gesellschafterverhältnisse:	
Hauptsitz des Unternehmens:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	

### Ausfüllhinweise

---

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

## Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB

Name des erklärenden Unternehmens: \_\_\_\_\_

Hiermit erklären wir, dass

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl, etwa aufgrund einer Selbstreinigung i.S.d. § 125 GWB, die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen nach unserer Einschätzung/ Kenntnis keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

### Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bergewergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bergewergemeinschaft abzugeben. Weiter ist die Erklärung von allen Unternehmen abzugeben, auf deren Kapazitäten sich der Bewerber/ eine Bergewergemeinschaft zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit beruft (Eignungsleihe). Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB wird auf folgenden Text der §§ 123, 124 GWB verwiesen:

#### § 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen).
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), der § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),

8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- (2) Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
  2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
- (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

#### **§ 124 Fakultative Ausschlussgründe**

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
  2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
  3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
  4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
  6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
  7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
  8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
  9. das Unternehmen
    - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
    - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
    - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt.

### **Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014**

Name des erklärenden Unternehmens: \_\_\_\_\_

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 vom 18.12.2023 öffentlichen Auftraggebern bis auf weiteres verboten ist, mit folgenden Personen, Organisationen oder Einrichtungen einen Vertrag zu schließen, der in den Anwendungsbereich der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe fällt, oder sie in einem Umfang von mehr als 10% des Auftragswerts als Unterauftragnehmer, Lieferant oder auf sonstige Weise an einem entsprechenden Auftrag zu beteiligen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a) genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.

Wir versichern hiermit, dass wir keiner der vorgenannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind und auch die Unternehmen, auf deren Kapazitäten wir zum Nachweis der geforderten technischen Leistungsfähigkeit verweisen, ebenfalls nicht diesen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind oder jedenfalls zu nicht mehr als 10% des Auftragswerts an der Ausführung des Auftrags beteiligt werden.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Name, Unterschrift

#### **Ausfüllhinweise**

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bergewergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bergewergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

## Vordruck 4: Erklärung zu Umsatz und zum Versicherungsschutz

Name des erklärenden Unternehmens: \_\_\_\_\_

Gesamtumsatz der letzten drei Geschäftsjahre (in Euro, brutto):		

Eine Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens 5 Mio. € für Personen-, Sach- und Vermögensschäden

- ☐ besteht bereits
- ☐ wird im Auftragsfall abgeschlossen.

### Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

## Vordruck 5: Referenzen

---

Es gelten ausschließlich die Angaben auf dem nachfolgenden Vordruck (2 Seiten). Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen. **Hinsichtlich der besonderen Mindestanforderungen an die Referenzlage und insbesondere der Vergleichbarkeit einer Referenz mit dem zu vergebenden Auftrag wird auf Ziffer 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der EU sowie die Projekt- und Verfahrensbeschreibung verwiesen.**

Danach gelten folgende **Mindestanforderungen an die Referenzlage**:

Bewerber/ die Mitglieder einer Bergergemeinschaft in der Summe müssen zwingend folgende Referenzanforderungen entweder selbst erfüllen oder entsprechende Erfahrung von Unternehmen nachweisen können, die im Auftragsfall die entsprechenden Leistungen als Nachunternehmer erbringen würden:

Mindestens 2 Referenzaufträge in den letzten 10 Jahren (seit 01/2016), welche jeweils sämtliche folgende Mindestanforderungen erfüllen:

- a) Es wurden Projektsteuerungsleistungen der Projektstufen 2-4 in den Handlungsbereichen A-D gem. Leistungsbild AHO Heft 9 vollständig ab 01/2016 erbracht;
- b) Referenzauftrag betrifft fertiggestelltes/ an den Nutzer übergebenes Hochbauprojekt mit Baukosten KG 200-700 nach DIN 276 von mind. 50 Mio. EUR netto;
- d) Referenzauftrag eines zumindest projektbezogen zur Beachtung des Vergaberechts verpflichteten Bauherrn.

Im Falle einer Bewerberauswahl bei einer größeren Anzahl an Bewerbern, welche die vorstehenden Mindestanforderungen erfüllen, erfolgt eine vertiefte Beurteilung der angeführten Referenzaufträge hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit mit dem zu vergebenden Auftrag. Siehe hierzu die Erläuterungen in der bereitgestellten Projekt- und Verfahrensbeschreibung.

Die Anzahl an Referenzen, die mit dem Teilnahmeantrag angeführt werden können, ist nicht beschränkt. Es werden aber nur die drei am besten bepunkteten Referenzen bei der Bewerberauswahl berücksichtigt.

Inhaber der Referenz: \_\_\_\_\_

Referenznummer: \_\_\_\_\_

Referenzprojekt:	<input type="checkbox"/> Fertiggestellt/ an den Nutzer übergeben.
Auftraggeber, Anschrift sowie möglichst Ansprechpartner (mit Telefonnummer):	
Baumaßnahme:	<input type="checkbox"/> Neubau mit .....m <sup>2</sup> BGF <input type="checkbox"/> Sonstiges:
Baukosten KG 200 – 700 nach DIN 276 netto:	
Leistungszeitraum (Monat/Jahr – Monat/Jahr bzw. laufend; <b>ab 01/2016</b> ):	
Nach 01.1.2016 <b>vollständig</b> erbrachte Leistungen:	<input type="checkbox"/> Projektsteuerung i.S.v. § 2 Leistungs- und Honorarordnung Projektmanagement gem. AHO-Heft 9 Projektstufen _____ Handlungsbereiche _____ <input type="checkbox"/> Sonstiges (bitte bei Kurzbeschreibung erläutern)
Funktion im Projekt/ Erbringung der Planungsleistungen als:	<input type="checkbox"/> Auftragnehmer <input type="checkbox"/> mit Nachunternehmer <input type="checkbox"/> Mitglied einer beauftragten Arbeitsgemeinschaft <input type="checkbox"/> mit Nachunternehmer <input type="checkbox"/> Nachunternehmen

<p>Merkmale des Referenzprojekts:</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li><input type="checkbox"/> Referenzauftrag betraf/ betrifft Neubauprojekt mit vergleichbarer Planungskomplexität (mind. HZ IV nach Anlage 10.2 zur HOAI).</li> <li><input type="checkbox"/> Referenzauftrag betraf/betrifft Krankenhausneubau mit verschiedenen Funktionsbereichen (OPs, ZSVA, IST etc.).</li> <li><input type="checkbox"/> Referenzauftrag betraf/betrifft Referenzobjekt, das nicht nur mindestens der Honorarzone IV nach Anlage 10.2 zur HOAI zuzuordnen ist, sondern sich auch durch hohe Qualitäts- und Verfügbarkeitsanforderungen an Hygiene, Brandschutz und Gebäudetechnik (HLS, Klima, Strom, IT, Sicherheit) auszeichnet.</li> <li><input type="checkbox"/> Referenzprojekt wurde/ wird mit Kumulativleistungsträger (Generalplaner und/oder Generalunternehmer und/oder Totalunternehmer) realisiert.</li> <li><input type="checkbox"/> Referenzprojekt wurde mit Generalunternehmer auf Basis eines genehmigten Entwurfs/ einer funktionalen Leistungsbeschreibung realisiert.</li> <li><input type="checkbox"/> Bauherr war (zumindest projektbezogen) zur Beachtung des Vergaberechts verpflichtet</li> <li><input type="checkbox"/> Referenzauftrag betraf/ betrifft (zumindest teilweise) mit öffentlichen Mitteln/ Fördermitteln finanziertes Bauvorhaben.</li> </ul>
<p>Kurze Beschreibung des Referenzprojekts, zur Komplexität des Projekts und zur Vergleichbarkeit mit den zu vergebenden Leistungen:</p>	<p>Weitere Beschreibung:</p>

## Vordruck 6: Eignungsverleiher

Name des erklärenden Unternehmens: \_\_\_\_\_

### Zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit / fachlichen Eignung (Erfüllung der Mindestanforderungen an die Referenzlage)

beziehen wir uns

- ☐ auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen, namentlich der folgenden Unternehmen

lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Anschrift	Funktion	geplanter Leistungsbereich
			<input type="checkbox"/> Nachunternehmer <input type="checkbox"/> Sonstiges	
			<input type="checkbox"/> Nachunternehmer <input type="checkbox"/> Sonstiges	

Uns ist bewusst, dass wir mit dem Teilnahmeantrag dem Auftraggeber nachzuweisen haben, dass uns im Auftragsfall die Mittel dieser Unternehmen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Hierzu überreichen wir **anliegend** eine Verfügbarkeitserklärung des benannten Nachunternehmens / sonstigen Unternehmens.

Inwieweit wir darüber hinaus den Einsatz von Nachunternehmen beabsichtigen, werden wir mit dem Angebot mitteilen.

### Ausfüllhinweise

Angaben dazu, welche Unternehmen im Auftragsfall bestimmte Leistungen als Nachunternehmer erbringen sollen, sind **nur** dann bereits mit dem Teilnahmeantrag erforderlich, wenn sich der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft zur Erfüllung der Mindestanforderungen an die Referenzlage auf Referenzen anderer Unternehmen bezieht (sog. Eignungsleihe). Diese anderen Unternehmen müssen dann als Nachunternehmer für diejenigen Leistungen vorgesehen werden, für die zum Nachweis der Eignung auf ihre durch entsprechende Referenzen belegte Erfahrung verwiesen wurde.

## Vordruck 7:      **Bewerbergemeinschaftserklärung**

---

Hiermit erklären wir, dass wir für das Vergabeverfahren eine Bewerbergemeinschaft gegründet haben.

### 1.    **Bewerbergemeinschaftsdaten**

Unsere Daten lauten wie folgt:

	BG-Mitglied 1	BG-Mitglied 2
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

	BG-Mitglied 3	BG-Mitglied 4
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Wir erklären, dass

- das nachfolgend bevollmächtigte Mitglied die Bewerbungsgemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (die Bevollmächtigung schließt rechtsgeschäftlich Erklärungen im Vergabeverfahren mit ein),
- wir die Absicht haben, im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (oder gleichwertig) zusammenzuschließen und wir deshalb gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Auftragsfalle haften werden.

Zum rechtsgeschäftlich bevollmächtigten Vertreter der o.g. Bewerbungsgemeinschaft benennen wir:

.....

Zuständiger Ansprechpartner (bevollmächtigter Vertreter) bei der BG für das gegenständliche Vergabeverfahren

(Vor- und Zuname):

Telefon;/ Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

## 2. Unterschrift aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft:

.....

Ort, Datum

.....

BG-Mitglied 1 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

.....

BG-Mitglied 2 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

.....

BG-Mitglied 3 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

.....

BG-Mitglied 4 (Stempel und Unterschrift)